



Forschungsergebnisse

**Wahlrecht ab 16 nicht
der Königsweg**

Wirtschaftspolitische Analyse

**Versicherungspflicht
gegen Hochwasser**

Standpunkt

**Abhängigkeit von
China reduzieren**

Foto: © SimbLine/stock.adobe.com

Mithilfe von Mindeststandards lässt sich erneuerbare Wärme schneller ausbauen

Um Eigenheimbesitzer/innen zum Austausch von Gas- und Ölheizungen zu motivieren, können Mindeststandards wirkungsvoll sein. Das zeigt eine gemeinsame Studie des ZEW und des Leibniz-Instituts für ökologische Raumentwicklung (IÖR) Dresden.

Die Wärmewende ist elementar dafür, dass Deutschland seine Klimaziele erreicht. Angesichts des Kriegs in der Ukraine und der damit verbundenen Sanktionen ist sie noch dringlicher geworden. Den hohen Gebäudebestand in Deutschland mit erneuerbaren Energien zu beheizen, ist indes eine Herkulesaufgabe, die zu lange unbeachtet geblieben ist. Hinzukommt, dass Heizungssysteme auf Basis erneuerbarer Energien häufig für Verbraucher/innen teurer sind als fossile Systeme. Dies schlägt sich auch in den Zahlen nieder: Gaskessel machten im Jahr 2021 rund 70 Prozent der rund 900.000 neu installierten Heizungen aus. Wärmepumpen, die Strom und damit erneuerbare Energie

nutzen können, kamen hingegen auf lediglich 17 Prozent. Dabei wird Heizen im EU-Mittel für ein Drittel des Energieverbrauchs und 40 Prozent der CO₂-Emissionen verantwortlich gemacht.

Mit dem Energiepreis-Entlastungspaket will die Ampel-Koalition auch die Wärmewende vorantreiben. Jede neu eingebaute Heizung soll ab 2024 zu 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden. Das Ziel der Bundesregierung ist ambitioniert. Ob sich solche Mindestziele erfolgreich im Markt niederschlagen, hat eine ZEW-Studie überprüft.

Baden-Württemberg als Forschungsobjekt

Ausgangspunkt der Untersuchung ist ein regulatorischer Sonderweg, für den sich Baden-Württemberg Ende der 2000er Jahre entschieden hat. Bundesweit lag der Fokus der Energiepolitik damals auf Neubauten. So schreibt der Bund die Nutzung rege-



Foto: © anatolij_gleb/stock.adobe.com

nerativer Wärme in Neubauten seit 2009 vor. Das Erneuerbare-Wärme Gesetz (EWärmeG) in Baden-Württemberg verpflichtete jedoch auch die Besitzer/innen von Bestandsgebäuden, ab 2010 beim Heizungsaustausch mindestens zehn Prozent des Wärmebedarfes mit erneuerbaren Energien zu decken.

Neben dem Einsatz erneuerbarer Energien konnten Hausbesitzer/innen auch auf eine Reihe von Ersatzmaßnahmen zurückgreifen, um die Verpflichtung zu erfüllen. Zu diesen gehörten beispielsweise die Wahl eines Bio-Gastarifs oder das Beziehen von Bio-Heizöl.

Mithilfe von Daten zur Beantragung von Fördergeldern für erneuerbare Heizanlagen analysierte das Wissenschaftsteam, wie oft diese Anlagen in Baden-Württemberg vor und nach Inkrafttreten der gesetzlichen Verpflichtung im Vergleich zu den angrenzenden Bundesländern, die keine vergleichbare Regelung verabschiedet haben, genehmigt wurden. Zwischen 2007 und 2014 finden die Forscher/innen einen positiven und signifikanten Effekt von rund zwei zusätzlichen bewilligten Anträgen pro 1.000 förderfähiger Gebäude. Bei einer angenommenen Sanierungsrate von einem Prozent pro Jahr entspräche dies einem Anstieg von etwa 20 Prozent nach Einführung des EWärmeG.

Das EWärmeG zielt darauf ab, diejenigen Hausbesitzer/innen zu einer Investition in erneuerbare Heizsysteme im Gebäudebe-

stand zu bewegen, die eine solche Investition trotz verfügbarer staatlicher Fördergelder eigentlich nicht in Erwägung gezogen hätten. Die Kombination von Pflicht und Förderung von erneuerbarer Wärme erhöht den Einsatz erneuerbarer Heiztechnologien in bestehenden Wohngebäuden.

Ersatzmaßnahmen und höhere Austauschkosten können positivem Effekt der Förderung zuwiderlaufen

Besonders wirksam ist die Regelung in Gemeinden, in denen erneuerbare Wärmeversorgung zuvor wenig verbreitet war. Dort führte die Pflicht mit sechs bewilligten Anträge pro 1.000 förderfähiger Gebäude zu überdurchschnittlich vielen Investitionen in erneuerbare Wärme.

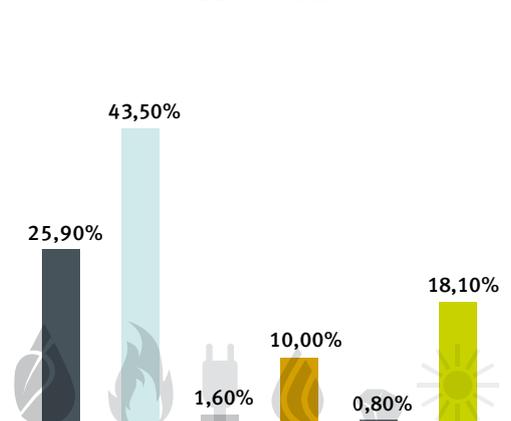
Die Studie zeigt weiterhin, dass die positiven Effekte der Regulierung durch alternative Erfüllungsoptionen, etwa durch die Wahl eines Bio-Gastarifs, abgeschwächt werden könnten. Dies unterstreicht, wie wichtig Details in der Ausgestaltung entsprechender Regelungen sind.

Download der Studie: <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0166046221001137>

Dr. Robert Germeshausen, robert.germeshausen@zew.de
Prof. Kathrine von Graevenitz, PhD, kathrine.vongraevenitz@zew.de

DIESE ENERGIETRÄGER NUTZEN HAUSHALTE IN DEUTSCHLAND FÜR HEIZUNG UND WARMWASSERERZEUGUNG

SO HEIZEN PRIVATE HAUSHALTE IN DEUTSCHLAND



WARMWASSERERZEUGUNG IN DEUTSCHEN PRIVATHAUSHALTEN NACH ENERGIEQUELLEN



Struktur der Energieträger nach Anwendungszwecken – 2020, Anteile in Prozent

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen und RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung

Wer als Gründer/in einmal scheitert, hat auch beim nächsten Mal schlechtere Karten

Eine erfolglose Unternehmensgründung wird in der Regel als wertvolle Erfahrung angesehen, deren Einsichten den gescheiterten Gründern/-innen bei ihrer nächsten Gründung zu mehr Erfolg verhelfen. Dies ist jedoch ein Trugschluss, wie eine aktuelle Studie des ZEW gemeinsam mit dem Institut für Mittelstandsforschung (ifm) der Universität Mannheim zeigt. Vielmehr ist die Wahrscheinlichkeit, dass gescheiterte Gründer/innen mit weiteren Gründungen erneut scheitern, überdurchschnittlich hoch.

So liegt die Wahrscheinlichkeit, dass eine Neugründung von gescheiterten Gründern/-innen das erste Jahr überlebt, 3,8 Prozentpunkte unter der von Erstgründern/-innen. Sie ist sogar 6,5 Prozentpunkte niedriger, wenn Gründer/innen ihr voriges Unternehmen nicht freiwillig aufgaben, sondern Konkurs anmelden mussten. Im Falle eines Konkurses ist es außerdem um 3,9 Prozentpunkte wahrscheinlicher, dass sie auch mit ihrer Neugründung wieder Konkurs anmelden. Diese Zahlen deuten darauf hin, dass die geringeren Überlebensraten von Unternehmen gescheiterter Unternehmer/innen nicht ausschließlich auf ein „intelligentes Scheitern“ zurückzuführen sind, also auf die Erkenntnis seitens der Gründer/innen, dass ihre Geschäftsidee nicht lebensfähig ist.

Gescheiterte Unternehmensgründungen als Ausdruck unterdurchschnittlichen unternehmerischen Geschicks

Die ZEW-Studie legt ganz im Gegenteil nahe, dass eine gescheiterte Unternehmensgründung das unterdurchschnittliche unternehmerische Können der Gründer/innen ausdrückt. Gescheiterte Gründer/innen weichen bei vielen Merkmalen von Erstgründern/-innen ab, beispielsweise bei ihrem Alter, ihrem Bildungsabschluss und ihrer Erfahrung mit Leitungsfunktionen, aber auch bei der Branche ihrer Neugründung. In der empirischen Analyse haben die Autorinnen für alle diese Unterschiede kontrolliert und gezeigt: Sie sind nicht ausschlaggebend dafür, dass neu gegründete Unternehmen von gescheiterten Gründern/-innen seltener überleben als die von Erstgründern/-

innen. Der Grund scheint vielmehr zu sein, dass es gescheiterten Gründern/-innen im Durchschnitt an unternehmerischem Geschick mangelt.

Kritisch zu betrachten sind laut Studie daher Förderprogramme, die ohne weitere Unterscheidung alle gescheiterten Gründern/-innen bei erneuten Unternehmensgründungen unterstützen. Ein Beispiel hierfür sind die Erleichterungen, die die neue Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag für Gründer/innen vorgesehen hat. Sie sollen nicht nur Gründer/innen bei der Start-up-Finanzierung helfen, sondern auch eine „Kultur der zweiten Chance“ etablieren.

Zielgerichtete Unterstützung geeigneter als Förderung nach dem Gießkannenprinzip

Die ZEW-Studie weist darauf hin, dass hier eine differenzierte Herangehensweise sinnvoller wäre. So wäre es lohnend, geeignete Unternehmer/innen aus der Gruppe der gescheiterten Gründer/innen herauszufiltern und sie zielgerichtet zu unterstützen. Der gesamten Gruppe der gescheiterten Gründer/innen weitere Neugründungen zu erleichtern, würde Ressourcen verbrauchen – die an anderer Stelle sinnvoller eingesetzt werden könnten –, ohne dabei Werte zu schaffen. Dies schadet sowohl den einzelnen Unternehmern/-innen als auch der Gesellschaft insgesamt.

Die ZEW-Studie basiert auf Daten des IAB/ZEW-Gründungspanels, das die Entwicklung neu gegründeter Unternehmen über mehrere Jahre verfolgt und umfangreiche unternehmensspezifische Informationen bereitstellt. Hierzu werden im Auftrag des ZEW und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) jedes Jahr etwa 6.000 Unternehmen telefonisch befragt. Für die vorliegende Studie wurden etwa 21.200 Unternehmen betrachtet, die in den Jahren 2005 bis 2015 gegründet wurden.

Download der Studie: <https://link.springer.com/article/10.1007/s11187-021-00584-4>

Dr. Sandra Gottschalk, sandra.gottschalk@zew.de
Dr. Bettina Müller, mueller@ifm.uni-mannheim.de

INHALT

Mithilfe von Mindeststandards lässt sich erneuerbare Wärme schneller ausbauen.	1
Wer als Gründer/in einmal scheitert, hat auch beim nächsten Mal schlechtere Karten.	3
Wähler/innen jedes Alters sollten sich für zukunftsorientierte Politik interessieren.	4
Kooperationen und Kompetenzen spielen zentrale Rolle bei der Verbreitung von KI.	5
Mehrheit der Deutschen befürwortet Versicherungspflicht gegen Hochwasser.	6

Luftverschmutzung in Deutschland: Höhere Feinstaubbelastung führt zu mehr Straftaten.	7
Nachgefragt: Mit einer wissenschaftlichen Ausgründung zum eigenen Unternehmen?	8
Digitalisierung der Medizin benötigt exzellente Forschung vor Ort.	9
ZEW intern.	10
Daten und Fakten, Termine.	11
Standpunkt.	12



Foto: © Melinda Nagy/stock.adobe.com

Wähler/innen jedes Alters sollten sich für zukunftsorientierte Politik interessieren

Deutschland wird aufgrund des demografischen Wandels immer mehr zu einer „Rentnerdemokratie“. Um dem entgegenzuwirken, haben einige Bundesländer in den letzten Jahren das Wahlalter von 18 auf 16 Jahre gesenkt. So können junge Wähler/innen zum Beispiel in Brandenburg, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein bei Landtagswahlen ihre Stimme abgeben. Dass eine solche Reform allerdings nicht radikal genug ist, um die Interessen junger Menschen in der aktuellen Politik stärker zu verankern, zeigt eine aktuelle Studie des ZEW.

Deutschland wird immer älter und damit auch seine Wähler/innen. So wurden die jüngsten Bundestagswahlen von den über 50-Jährigen dominiert: Sie machten 60 Prozent der Wähler/innen aus, während nur 14 Prozent der Wähler/innen jünger als 30 Jahre waren. 1961 hatte der Anteil der unter 30-Jährigen noch bei 19 Prozent gelegen. Dies hat gravierende Auswirkungen auf das politische System in Deutschland. Auf der Grundlage von Daten des Eurobarometers sowie des German Internet Panel (GIP) untersucht eine ZEW-Studie nun, inwiefern ältere Menschen andere Präferenzen in Politikfeldern hegen als junge Menschen und welche Auswirkungen dies auf die Art der gewählten Politik hat.

Jüngeren sind digitale Technologien wichtiger, Älteren hingegen die Schuldenbremse

Es gibt einige Politikbereiche, bei denen die Unterschiede zwischen den einzelnen Altersgruppen recht klar zutage treten. So werden der Ausbau erneuerbarer Energie oder die Relevanz digitaler Technologien tendenziell eher jüngeren Wählern/-innen zugeschrieben. Die ältere Generation befürwortet dagegen stärker die Schuldenbremse sowie Steuerhöhungen mit Blick auf das Rentensystem. Höhere öffentliche Ausgaben für Bildung werden über alle Altersgruppen hinweg breit unterstützt. Auch eine steuerfinanzierte Umverteilungspolitik sowie eine stärkere europäische Integration findet bei alten und jungen Altersgruppen Anklang, während Wähler/innen mittleren Alters dies eher ablehnen. Insgesamt sind diese politischen Präferenzen nicht

allzu ausschlaggebend und gehen oft in unerwartete Richtungen im Vergleich zu einer Sichtweise, die Wähler/innen als einfache, eigennützige Akteure/-innen betrachtet.

Was die ZEW-Studie ferner zeigt: Eine Reform des Wahlalters kann sich nur in geringem Maße auf die Gestaltung künftiger Politikfelder auswirken. So würden, wenn das Wahlrecht ab 16 Jahren eingeführt würde, etwa 1,5 Millionen neue Wahlberechtigte im Alter von 16 und 17 Jahren hinzukommen. Sie machen allerdings nur 2,5 Prozent der Wählerschaft aus. Gleichzeitig schreitet die Alterung in Deutschland aber weiter voran.

Eine Politik, die nur dem Vorteil einer Generation dient, ist keine zukunftsfähige Lösung

Eine Reform des Wahlalters würde demnach wenig dazu beitragen, eine zentrale Einschränkung der Demokratie zu beheben: Wenn sich Wähler/innen weiterhin ausschließlich um ihre eigenen politischen Präferenzen und um die eigene Generation kümmern, dann wird die Politik eher stark von der Gegenwart und damit von einer alternden Gesellschaft geprägt sein. Wichtige Zukunftsthemen der Politik, wie etwa der Klimawandel, können jedoch nicht nur von einer kleinen Gruppe jugendlicher Wähler getragen werden. Wenn sich das Wahlrecht also strikt auf den Ausdruck einer eng gefassten Politik beschränkt, die nur dem Vorteil einer bestimmten Altersgruppe dient, dann ist dies keine zukunftsfähige Lösung.

Die Ergebnisse der ZEW-Studie legen jedoch auch nahe, dass die Präferenzen der Menschen viel differenzierter sind, als es eine einfache egoistische Sichtweise vermuten lässt. Insbesondere die Gerechtigkeit zwischen den Generationen ist den Einwohnern/-innen Deutschlands wichtig; dies hat sich in den letzten Jahrzehnten deutschland- und europaweit verstärkt. Eine umfassendere Aufklärung der Wähler/innen über langfristige Politikthemen, verbunden mit einer besseren Förderung des Altruismus – also einer gewissen Uneigennützigkeit – zwischen den Generationen ist hier ein vielversprechender Weg.

Download der Studie: www.zew.de/PU83323

Dr. Zareh Asatryan, zareh.asatryan@zew.de



Foto: © joon / stock.adobe.com

Kooperationen und Kompetenzen spielen zentrale Rolle bei der Verbreitung von KI

Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) in deutschen Unternehmen entwickelt sich sehr dynamisch. Im Jahr 2021 nutzte etwa jedes zehnte Unternehmen in Deutschland KI, fast doppelt so viele wie noch im Jahr 2019. Fast alle Unternehmen zählen dabei auf die Zusammenarbeit mit Dritten, unterscheiden sich aber deutlich in der Ausrichtung der Kooperationen. Je höher der KI-Reifegrad eines Unternehmens ist, auf desto mehr interne Kompetenzen kann das Unternehmen in der Regel auch zurückgreifen. Das sind die Ergebnisse einer Studie des ZEW im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz.

Mit zunehmender Größe des Unternehmens steigt grundsätzlich auch der Anteil derer, die KI nutzen, wobei der höchste Anteil in der Dienstleistungsbranche zu finden ist. Die Mehrheit der KI-aktiven Unternehmen verfügt über eigene Kompetenzen im technischen Bereich im Umgang mit Daten und der Entwicklung von Softwarelösungen. Die ZEW-Studie zeigt, dass 64 Prozent der Unternehmen ihre KI-Kompetenzen durch die Weiterbildung von Beschäftigten optimieren wollen. Gleichzeitig investiert die Hälfte der Unternehmen in die Verbesserung der technischen Voraussetzungen für den KI-Einsatz.

Trend zu Kooperationen bei KI-aktiven Unternehmen sichtbar

Vielen Unternehmen fehlen aber die technologischen und organisatorischen Fähigkeiten, um KI effektiv nutzen zu können. Daher greifen fast alle Unternehmen in Deutschland (90 Prozent) bei KI auf die Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen oder Einrichtungen zurück. Nur 26 Prozent der KI-aktiven Unternehmen entwickeln ihre KI-Anwendungen selbst, dagegen arbeitet ungefähr ein Drittel (32 Prozent) der Unternehmen gemeinsam mit einem Kooperationspartner, und bei der Mehrzahl (41 Prozent) erfolgt die Entwicklung vor allem durch Dritte.

Vor allem ältere und größere Unternehmen und Unternehmen mit einem mittelhohen KI-Reifegrad greifen auf Kooperationspartner zurück. Sie kooperieren insbesondere auf den Anwendungsgebieten maschinelles Lernen und Automatisierung. Un-

ternehmen mit hoher KI-Personalintensität oder hohem KI-Reifegrad entwickeln dagegen überwiegend selbst.

Unternehmen kooperieren meistens dann, wenn sie zwar über eigene KI-Kompetenzen verfügen, jedoch nicht zur „Spitze“ der KI-Nutzer in Bezug auf Reifegrad und Intensität zählen. Die Kooperationen beziehen sich nicht nur auf FuE und auf die Entwicklung von KI-Anwendungen, sondern auch auf Datenzugang und -analyse, IT-Infrastruktur und auf die Integration von KI in internen Prozessen. Ziel der Kooperation mit Dritten ist eine schnellere Umsetzung von KI-Projekten und der Zugang zu komplementärem Wissen und Technologien.

Weiterhin zeigt die ZEW-Studie, dass die Kooperationspartner der Unternehmen aus unterschiedlichen Bereichen kommen: IT-Unternehmen und Softwareentwickler sind mit 71 Prozent der größte Teil, 55 Prozent kooperieren mit Hochschulen oder Forschungseinrichtungen. Weitere Kooperationspartner sind Kunden und andere Unternehmen in der Branche ebenso wie spezialisierte KI-Startups. Kooperationspartner kommen häufiger von außerhalb des eigenen regionalen Umfelds in Deutschland (73 Prozent) als aus dem regionalen Umfeld (57 Prozent). Aber viele Unternehmen gehen auch internationale Kooperationen ein, besonders Unternehmen mit hohem KI-Reifegrad.

Die Frage nach technischen Schnittstellen ist eine zentrale Herausforderung der kooperierenden KI-Unternehmen, ebenso wie die mangelnde Kompatibilität von Softwarelösungen. Die Etablierung von branchen- oder anwenderspezifischen Lösungen und der Entwicklung von Standards kann dem entgegenwirken. Eine weitere Schwierigkeit stellt das fehlende gemeinsame KI-Verständnis dar. Lösungsansätze dafür können Awareness-Maßnahmen und die aktive Verbreitung von Wissen über KI sein. Der flächendeckende Ausbau einer leistungsfähigen IT-Infrastruktur ebenso wie rechtliche Regelungen zur Verbesserung des Zugangs und der Nutzungsmöglichkeiten von Daten können die schnelle Verbreitung von KI in Unternehmen unterstützen.

Download der Studie: <https://www.de.digital/DIGITAL/Redaktion/DE/Digitalisierungsindex/Publikationen/publikation-download-ki-kompetenzen.html>

Dr. Christian Rammer, christian.rammer@zew.de

Mehrheit der Deutschen befürwortet Versicherungspflicht gegen Hochwasser

Mehr als zwei Drittel der deutschen Haushalte befürworten die Einführung einer Versicherungspflicht gegen Hochwasser und andere Elementarschäden. Die Zustimmung ist nach der Hochwasserkatastrophe im Jahr 2021 zudem leicht gestiegen. Das zeigt eine repräsentative Erhebung des ZEW. Hierfür wurden rund 5.000 Haushalte im Jahr 2020 und im Jahr 2022 befragt.

Im Juli 2021 hatten verheerende Sturzfluten im Westen Deutschlands zahlreiche Todesopfer gefordert und wirtschaftliche Schäden in Milliardenhöhe verursacht. Ein Großteil der betroffenen Haushalte war nicht versichert. So hatten beispielsweise in Rheinland-Pfalz nur 37 Prozent der Haushalte eine Gebäudeversicherung gezeichnet, die auch entsprechende Elementarschäden deckt. Aus einem 30 Milliarden Euro umfassenden Fluthilfefonds halfen Bund und Länder nicht-versicherten Menschen, ihre Häuser und Existenzen wieder aufzubauen.

Nach Flutkatastrophe in der Eifel rechnen mehr Haushalte mit staatlicher Hilfe

Im akuten Katastrophenfall sind staatliche Hilfen für nicht-versicherte Geschädigte unabdingbar. Langfristig setzen sie jedoch falsche Anreize und führen so zu einer schlechteren Vorsorge. Hinweise hierfür finden die Autoren auch in ihrer Erhebung nach dem Eifel-Hochwasser. So ist der Anteil der Haushalte, die im Schadenfall mit finanzieller Hilfe vom Staat rechnen, nach der Hochwasserkatastrophe deutlich gestiegen – von 12 Prozent der Haushalte im Jahr 2020 auf 22 Prozent im Jahr 2022.

Bei der Hochwasser-Vorsorge allein auf den Staat zu bauen, kann sich rächen. Nothilfen sind für Verbraucher/innen unkalulierbar. Erfahrungsgemäß hilft die Regierung dann aus, wenn

viele Haushalte betroffen sind und deutschlandweit über die Naturkatastrophe berichtet wird. Zwischen 2002 und 2019 blieb jedoch rund die Hälfte der Hochwasseropfer ohne staatliche Unterstützung, zum Beispiel weil sie von kleineren Ereignissen betroffen waren.

Aus ökonomischer Sicht erscheint eine gedeckelte Versicherungspflicht sinnvoll

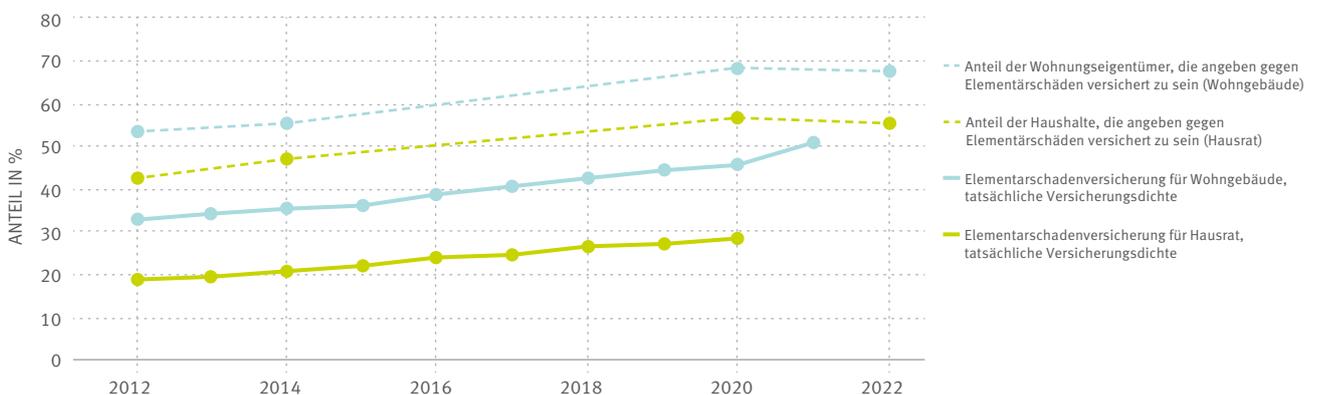
Der Markt für Elementarschäden könnte laut ZEW-Studie mit einer zweifachen Versicherungspflicht belegt werden: Jede privat genutzte Wohnimmobilie müsste dann gegen Hochwasserschäden versichert sein, außerdem müssten die Versicherer jedem Haushalt ein Angebot unterbreiten. Aus ökonomischer Sicht ist wichtig, die Prämien nach Risikoklassen zu unterscheiden. Wer in hohen Risikolagen wohnt, sollte entsprechend mehr bezahlen. Dies setzt den Anreiz, in sicheren Gebieten zu siedeln. Um soziale Härten in gefährdeten Regionen abzufedern, könnten Geringverdiener-Haushalte eine Subvention auf ihre Versicherungsprämie erhalten – vorausgesetzt Neubauten blieben hiervon ausgeschlossen.

Außerdem wäre die Versicherungspflicht auf eine existenzsichernde Höhe zu begrenzen. Darüber hinaus gehende Immobilienwerte könnten die Haushalte freiwillig versichern. Dies würde die Versicherungsprämien innerhalb der Deckungspflicht reduzieren. Eine solche Reform der Hochwasser-Vorsorge würde die Kosten sowohl für Verbraucher/innen als auch den Staat vorab kalkulierbar machen. Außerdem können durch die Anreize zur Risikoreduzierung die gesellschaftlichen Kosten sinken.

Download des ZEW policy briefs: www.zew.de/PU83368

Dr. Daniel Osberghaus, daniel.osberghaus@zew.de

EMPFUNDENE UND TATSÄCHLICHE VERSICHERUNGSDICHTE VON ELEMENTARSCHÄDEN



Befragungsdaten: Basierend auf Antworten von 2428 Haushaltsvorständen. „Weiß nicht“-Antworten wurden als „nicht versichert“ gezählt. Quelle: ZEW-Befragung „Eval-MAP“

Versicherungsdichte: Anteil der Wohngebäudeversicherungen (bzw. Hausratversicherungen), die den Elementarschadenschutz haben. Quelle: GDV 2021



Foto: © Uwe/stock.adobe.com

Luftverschmutzung in Deutschland: Höhere Feinstaubbelastung führt zu mehr Straftaten

Es ist unumstritten, dass eine stärkere Luftverschmutzung die Gesundheit der Bevölkerung beeinträchtigt. Ob sich eine höhere Konzentration von Feinstaub darüber hinaus auch auf die Zahl der Straftaten auswirkt, ist Gegenstand einer aktuellen ZEW-Studie. Die Forschungsergebnisse deuten darauf hin, dass tatsächlich ein ursächlicher Zusammenhang besteht.

Die Forschung in Medizin, Biologie und Psychologie hat sich in den vergangenen Jahren mit den Wegen auseinandergesetzt, wie Luftverschmutzung Verbrechen beeinflussen kann. Schadstoffe können direkt auf den Körper des Menschen einwirken, beispielsweise indem sie eine Veränderung der Hormonlevel verursachen, etwa von Stresshormonen. Eine solche Veränderung kann wiederum das Verhalten von Personen beeinflussen.

Höhere Luftverschmutzung hat nicht nur gesundheitliche Folgen

Eine steigende Umweltbelastung hat demnach nicht nur gesundheitliche Folgen für die Bevölkerung, sondern beeinflusst möglicherweise auch die Kriminalitätsrate. Ob tatsächlich ein Zusammenhang besteht, untersucht eine aktuelle ZEW-Studie. Sie analysiert diesen Zusammenhang für verschiedene Regionen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz für die Jahre 2015 bis 2017.

Als Maß für die Luftverschmutzung wird die Feinstaubbelastung herangezogen. Die Studie konzentriert sich dabei auf die Auswirkungen von PM10, da dies der am häufigsten gemessene Schadstoff in Deutschland ist. Mit PM10 bezeichnet das Umweltbundesamt eine bestimmte Art von Feinstaub, nämlich Partikel mit einem aerodynamischen Durchmesser von weniger als zehn Mikrometern.

Die ZEW-Studie beruht auf mehreren Datensätzen, die Informationen zur täglichen Entwicklung von Wetter (insbesondere Wind), Luftverschmutzung und Straftaten kombinieren. Die Daten zum Wind stammen vom Deutschen Wetterdienst, die Daten zur Luftverschmutzung vom Umweltbundesamt. Die Daten zur Kriminalität stellen die Landeskriminalämter Baden-Württem-

berg und Rheinland-Pfalz zur Verfügung. Die Straftaten werden einer dieser fünf Kategorien zugeordnet: Sachbeschädigung, Raub, Sexualverbrechen, Körperverletzung sowie Diebstahl und Einbrüche. 485.547 Delikte wurden untersucht, 430.934 aus Baden-Württemberg und 54.613 aus Rheinland-Pfalz.

Die größte Herausforderung für die Analyse besteht darin, den Effekt der Luftverschmutzung von dem Effekt menschlicher Aktivitäten (die Luftverschmutzung erzeugen, wie beispielsweise Verkehr) und Wetterbedingungen (die Luftverschmutzung begünstigen) zu trennen. Durch die Nutzung der Variation in der Luftverschmutzung, die durch die Windrichtung entsteht, können die Studienautorinnen den Effekt von Luftverschmutzung auf Kriminalität von anderen Einflussfaktoren unterscheiden wie zum Beispiel Armut und Arbeitslosigkeit der Region.

ZEW-Studie erweitert die Erkenntnislage auf weniger stark bewohnte Regionen

Während sich bisherige Studien auf Metropolen wie London oder Chicago konzentrierten, betrachtet die ZEW-Studie weniger stark bevölkerte – und damit auch weniger stark von Luftverschmutzung betroffene – Gebiete. In den untersuchten Regionen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz beträgt die durchschnittliche Feinstaubbelastung 15,69 Mikrogramm PM10 pro Kubikmeter, und die durchschnittliche Kriminalitätsrate liegt bei 8,76 je 100.000 Einwohner/innen. Nimmt die Feinstaubbelastung um zehn Mikrogramm PM10 pro Kubikmeter zu, so steigt die Anzahl der Straftaten um 4,6 Prozent.

Der Einfluss der Luftverschmutzung auf die Kriminalitätsrate ist also selbst dann nachweisbar, wenn die PM10-Konzentration deutlich unter den in der Europäischen Union geltenden Grenzen von 50 Mikrogramm pro Kubikmeter liegt. Eine weitere Verringerung der Luftverschmutzung könnte sich demnach nicht nur positiv auf die Gesundheit der Bevölkerung auswirken, sondern auch zu weniger Kriminalität beitragen.

Download der Studie: www.zew.de/PU83356

Yasemin Karamik, yasemin.karamik@zew.de
Prof. Kathrine von Graevenitz, PhD, kathrine.vongraevenitz@zew.de

Nachgefragt: Mit einer wissenschaftlichen Ausgründung zum eigenen Unternehmen?

„Produkte müssen schnell und zum Markt hin entwickelt werden“

ZEW-Wissenschaftler Dr. Jan Kinne hat während seiner Promotionszeit gemeinsam mit Dr. David Lenz von der Universität Gießen das Start-up *istari.ai* gegründet. Dieses wertet mittels Künstlicher Intelligenz Unternehmensinformationen aus textbasierten Webdaten aus. Im Interview blickt der Ökonom auf die Zeit der Unternehmensgründung zurück, gibt Tipps für Gründer/innen aus der Wissenschaft und erläutert, welchen Mehrwert sein Unternehmen *Istari.ai* für politische Entscheidungsträger/innen und Unternehmen bietet.

Im März 2019 habt ihr das Start-up *Istari.ai* gegründet. Wie kam es dazu?

Ich arbeitete schon während meines Studiums viel mit Unternehmensdaten und schrieb meine Bachelor- und Masterarbeit auf Basis des Mannheimer Unternehmenspanels und des Mannheimer Innovationspanels. Die Gründung entstand schließlich aus einem Forschungsprojekt von ZEW und der Universität Gießen zu webbasierten Innovationsindikatoren. Hier habe ich auch meinen Mitgründer David Lenz kennengelernt. Die Idee des Projekts war, dass man über die Webseiten von Unternehmen herausfindet, ob die Unternehmen innovativ sind und mithilfe Künstlicher Intelligenz die Markt- und Unternehmensinformationen in Echtzeit aus Unternehmenswebseiten generiert. Denn die bis dahin existierenden Datenquellen wie Patentdaten oder Unternehmensbefragungen sind häufig veraltet oder decken bestimmte Themen gar nicht ab. Wir merkten dann schnell, dass die Verwendung von Webdaten über Unternehmen auch außerhalb der Innovationsforschung Potential hat und Anfang 2019 meldeten wir dann eine Unternehmungsgesellschaft an.

Wer hat Interesse an Euren Daten?

Angefangen haben wir unsere Daten an Universitäten oder auch Forschungseinrichtungen zu verkaufen. Letztes Jahr haben wir uns ganz besonders dann auf regionale Wirtschaftsförderer, Verbände und Ministerien konzentriert. Da kommen auch die politischen Entscheidungsträger und politischen Entscheidungsträgerinnen ins Spiel. Das sind Menschen, die aus den unterschiedlichsten Gründen einen Live-Einblick in die Regionalwirtschaft oder in ihrer Branche benötigen, um gute Entscheidungen zu treffen. Anstatt dann auf starre und häufig veraltete Daten in traditionellen Unternehmensdatenbanken zu setzen, kann man unsere Daten nutzen und bekommt ein Lagebild wie es zum Beispiel vor einer Woche war. Welche Unternehmen in meiner Region machen denn zum Beispiel KI und wen sollte ich denn ansprechen, wenn ich einen Workshop mache oder wenn ich in meiner Region oder in meiner Branche eine Digitalisierungsagenda verfolge? Dann kann man zu uns kommen und bekommt die Informationen, die man benötigt. Außerdem versuchen wir gerade vermehrt, Analysten und Consultants zu erreichen, die

irgendeine Form von Marktanalyse oder Branchenanalyse machen und dafür ebenso auf aktuelle Informationen beispielsweise zum Thema Nachhaltigkeit oder KI angewiesen sind.

Welche Tipps hast du für andere Gründer/innen aus der Wissenschaft?

Was ich nur empfehlen kann ist: Wirklich den Schritt der Gründung zu gehen, wenn man eine gute Idee hat. Was ich ebenso relativ schnell gelernt habe ist, dass man als Wissenschaftler oder Wissenschaftlerin immer dieses Bedürfnis hat, alles zu erklären - das interessiert im Businesskontext weniger. Hier muss man einen Marktbedarf aufzeigen und überzeugend darstellen, dass es jemanden gibt, der das Produkt wirklich braucht und der bereit ist, dafür Geld zu zahlen. Das ist eine Sache, die sehr wichtig ist und vielleicht auch manchen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern nicht so liegt. Dass man wirklich versucht, Produkte zum Markt hin zu entwickeln, schnell zu entwickeln und vielleicht auch nicht immer ganz so perfektionistisch ist.

Du kennst beide Rollen, Wissenschaftler und CEO eines Start-ups. Welche davon magst du lieber?

Das sind wirklich zwei sehr unterschiedliche Rollen. Was mir bei der Business-Rolle ein bisschen fehlt ist das, was man als Wissenschaftler/in machen kann: Dass man sich extrem eingängig mit einem bestimmten Thema beschäftigt. Es macht großen Spaß, wenn man ein Thema wirklich komplett durchdringt und sich dafür Zeit nehmen kann. Das kann man im Business-Bereich weniger. Hier muss vieles sehr viel schneller gehen. Was mir dafür dann an der Business-Seite wiederum gut gefällt ist, dass es sehr vielfältig ist. Alle paar Tage kommt etwas Neues, auf das man sich dann einstellen muss, weil man die Arbeit in so einem kleinen Team nicht an jemand anderen abgeben kann. Das geht von steuerlichen Fragen, über Personal bis hin zu technischen Dingen. Trotz dieser vielen Herausforderungen macht es dennoch sehr viel Spaß und ich muss sagen: Ich habe im letzten Jahr mehr gelernt als in vielen Jahren zuvor.

➔ Mehr zum Thema unter: www.zew.de/AM8210



Dr. Jan Kinne

ist Mitarbeiter am ZEW-Forschungsbereichs „Innovationsökonomik und Unternehmensdynamik“. Sein Forschungsinteresse liegt in der Verwendung von textbasierten Webdaten für die Innovationsforschung. Im März 2019 gründete er gemeinsam mit Dr. David Lenz das Start-up *Istari.ai*. jan.kinne@zew.de



Foto: © Uli Regenschneit

Digitalisierung der Medizin benötigt exzellente Forschung vor Ort

Die Digitalisierung hat auch die Gesundheitsbranche ergriffen und medizinische Innovationen werden zunehmend datengetrieben sein. Die Nutzung und Vernetzung von Patientendaten spielt dabei eine immer größere Rolle. Darin liegen Chancen und Herausforderungen sowohl für Patienten/-innen als auch für das staatliche Gesundheitssystem und den Wirtschaftsstandort Deutschland. Doch warum ist Deutschland bei der Gesundheitsdatennutzung so rückständig? Wie können die Potenziale besser ausgeschöpft und die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert werden? Zu diesen Fragen diskutierten ZEW-Präsident Achim Wambach, Wissenschaftsministerin Theresia Bauer und der Vorstandsvorsitzende der AOK Baden-Württemberg Johannes Bauernfeind am 1. Juni in Stuttgart im Forum der BW-Bank.

Die gemeinsam vom ZEW Mannheim und vom Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst (BMWFK) ausgerichtete Podiumsdiskussion wurde von Anne Guhlich und Joachim Dorfs aus der Chefredaktion der Stuttgarter Zeitung moderiert. „Die Corona-Pandemie hat große Defizite in der digitalen Transformation des deutschen Gesundheitswesens aufgezeigt, die es rasch und konsequent abzubauen gilt“, sagte Achim Wambach. So stehe das deutsche Gesundheitssystem insbesondere im Bereich Informationsaustausch im inländischen und internationalen Vergleich schlecht da. Medizinischer Fortschritt hänge entscheidend davon ab, den Datenschutz auf Bundes- und europäischer Ebene effektiver zu gestalten, den Ausbau der digitalen Infrastruktur in Deutschland zu beschleunigen, Innovationen zu fördern und die Akzeptanz in der Gesellschaft zu steigern. Der Gesundheitsstandort Deutschland stehe vor großen Herausforderungen, die nur durch exzellente Forschung und wirtschaftliche Innovationskraft bewältigt werden könnten.

Wambach begrüßte das Bestreben, gesundheitsökonomische Forschung stärker regional und national zu verankern, weil wissenschaftliche Impulse ihren Weg in die Praxis finden müssten. Es erfordere digitale Plattformen, die den Bestimmungen des Datenschutzes und der Datensicherheit gerecht werden. Die Bereitstellung von Datensilos aus öffentlicher Hand könne Vertrauen in unserer Gesellschaft schaffen und die Sorgen vor einer

zunehmenden Ökonomisierung des Gesundheitswesens abbauen. So sei die zentralisierte Erfassung anonymisierter Daten im Forschungsdatenzentrum (FDZ) Gesundheit, das ab 2023 eine ganzheitliche Forschung zur Gesundheitsversorgung ermöglichen solle, ein Meilenstein für eine Datenkooperation über Sektoren- und Kassengrenzen hinweg. Auch trage das Forum Gesundheitsstandort Baden-Württemberg zentral dazu bei, die Nutzung von Gesundheitsdaten zu verbessern und Innovationen im Bereich der gesundheitlichen Versorgung zu fördern. Das ZEW Mannheim beteiligt sich mit der Anfang 2021 neu gegründeten und staatlich geförderten Forschungsgruppe „Gesundheitsmärkte und Gesundheitspolitik“ an diesem Forum.

Modernisierung des Gesundheitswesens erfordert Abbau vieler Hürden

Theresia Bauer sprach sich im Rahmen der Diskussion für eine Stärkung des Forschungs- und Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg aus. Es sei von zentraler Bedeutung, bürokratische und juristische Hürden abzubauen, den Auf- und Ausbau der technischen Infrastruktur voranzutreiben und einen standardisierten Umgang mit Daten zu etablieren. Regional verankerte wissenschaftliche Expertise könne nach föderalistischem Prinzip Einfluss auf nationale und europäische Gesetzgebungsverfahren nehmen und man dürfe dabei auch keine Scheu davor haben, manche althergebrachten ethischen Grundsätze auf den Prüfstand zu stellen. Die Digitalisierung des Gesundheitswesens erfordere neben der Finanzierung aus öffentlicher Hand auch wirtschaftliche Innovationskraft.

Johannes Bauernfeind beklagte, dass Informationen bereits vorlägen, nur nicht richtig genutzt würden. Der Gesundheitsexperte plädierte dafür, die hiesige Forschung im Bereich Digital Health und Data Science auszubauen, um personalisierte Behandlungsmöglichkeiten und differenzierte Therapien für Patienten/-innen noch zu verbessern. Die elektronische Patientenakte ermögliche es, dass Versicherte über die Verwendung der persönlichen Daten verfügen könnten.

Marius Neuberger, marius.neuberger@zew.de

Deutschland und Europa müssen sich auf Energieknappheit vorbereiten

Mit dem russischen Einmarsch in die Ukraine wurde eine schwerwiegende humanitäre Krise ausgelöst. Die Folgen des Krieges sind weltweit spürbar. Doch welche Auswirkungen hat der Krieg in der Ukraine auf die Wirtschaft? Darüber diskutierten am 10. Mai 2022 im Rahmen des Digitalformats #ZEWlive der US-Generalkonsul Norman Thatcher Scharpf und ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach, PhD. Auf die europäische und globale Wirtschaft kommen große geopolitische Herausforderungen zu. Begriffe wie Souveränität, internationale Zusammenarbeit und Versorgungssicherheit müssen von den politischen Entscheidungsträgern bei ihren Überlegungen neu betrachtet werden. Die direkten Konsequenzen des Krieges sind bereits jetzt spürbar. Das größte Problem stellt dabei die Abhängigkeit von Russlands Gas- und Ölvorräten dar. Während die Vereinigten Staaten bereits einen Importstopp von russischem Öl verhängt haben, ist die Abhängigkeit Deutschlands und vieler anderer Länder gegenüber Russland weitaus größer. Die USA planen daher, die G7-Staaten beim Ausstieg aus den russischen Öl-Exporten zu unterstützen. „Dies wird die Abkehr der westlichen Wirtschaft von der Abhängigkeit vom russischen Öl und Gas vorantreiben und langfristig den Übergang zu einer grünen Wirtschaft beschleunigen“, erläutert US-Generalkonsul Norman Thatcher Scharpf. Zur Beschleunigung der Abkehr von fossilen Brennstoffen hin zu erneuerbaren Energien trägt ihm zufolge auch die wachsende Befürwortung in der Bevölkerung bei. Zudem würden bürokratische Hürden zunehmend gelockert, um die Umstellung zu erleichtern. Deutschland sei nach Ansicht von ZEW-Präsident Achim Wambach noch nicht ausreichend auf Folgen



U.S. Generalkonsul Norman Thatcher Scharpf (links) und ZEW-Präsident Achim Wambach (rechts) diskutieren über die geopolitischen Herausforderungen für die europäische und globale Wirtschaft. Foto: ZEW

einer Energieknappheit vorbereitet, daher müsse nun schnell gehandelt werden. Die Zusammenarbeit mit anderen Staaten sei daher wichtiger denn je. Achim Wambach sieht im Blick auf die globale Wirtschaft dabei neben Handelsabkommen gerade die technologische Zusammenarbeit und das Setzen von Standards als wichtige Stärke der westlichen Welt an: „Wir wissen, wie sich Standards in der Industrie auseinanderentwickeln. Wenn sie einmal festgelegt sind, kann man sie nicht mehr umgehen. Das ist ein wirklich wichtiges Thema, und es ist sehr gut, dass wir hier enger zusammenarbeiten“. Er betonte die Bedeutung von mehr Diversifizierung in Lieferketten und von Handelsbeziehungen zu transatlantischen Partnern, die zukünftig noch weiter ausgebaut werden sollten.

Internationale Gäste diskutieren Energie- und Klimawende

Am 16. und 17. Mai 2022 nahmen rund 80 Energie- und Umweltökonom/-innen aus dem In- und Ausland an der zehnten Mannheim Conference on Energy and Environment am ZEW teil. Internationale Forschende diskutierten zwei Tage lang über verschiedene Themen der Energiewirtschaft, Klima- und Umwelt-

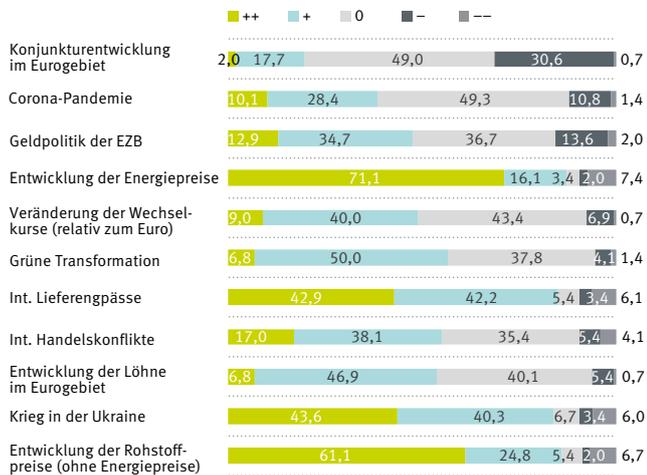


Professor Lucas Bretschger von der ETH Zürich bei seiner Keynote.

Foto: ZEW

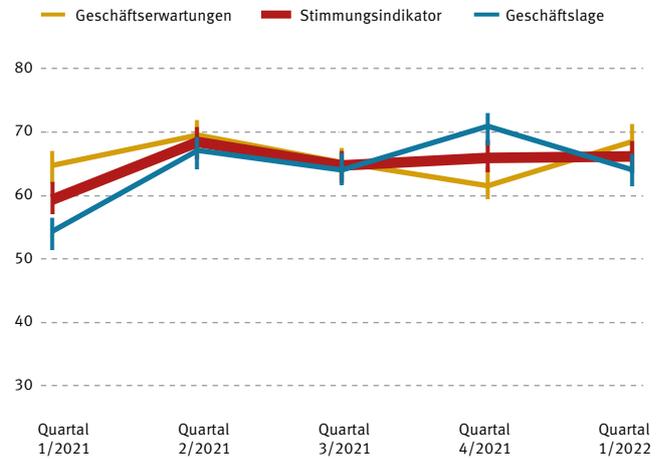
ökonomik. Die englischsprachige Konferenz fokussierte in diesem Jahr vor allem die Themen Energieeffizienz, Elektrizitätsmärkte, verhaltensökonomische Instrumente sowie CO₂-Bepreisung. Als wissenschaftliche Hauptredner/-innen waren in diesem Jahr wieder angesehene internationale Umweltökonom/-innen vertreten: Professor Lucas Bretschger von der ETH Zürich, Schweiz; Professor Paul Ferraro von der Johns Hopkins University, USA; Professor Arthur van Benthem von der University of Pennsylvania, USA; und Professorin Erica Myers von der University of Calgary, Kanada. Ihre Vorträge befassten sich unter anderem mit Fragen zur wirtschaftlichen Entwicklung unter dem Einfluss steigender CO₂-Preise und den Möglichkeiten verhaltensökonomischer Ansätze für die Entwicklung klimapolitischer Maßnahmen. Zudem zeigten die Vortragenden neue Forschungserkenntnisse und noch offene Fragen im Verkehrs- und Gebäudesektor auf. Hierbei standen insbesondere Emissionsstandards und die Förderung der Elektromobilität sowie kosteneffiziente Gebäuderenovierung im Fokus.

Mittelfristige Inflations- und Zinserwartungen steigen erneut



Quelle: ZEW

In der Informationswirtschaft überwiegt weiterhin der Optimismus



Quelle: ZEW

Die Inflationsrate im Euroraum dürfte im Jahr 2022 deutlich über dem 2-Prozent-Ziel der EZB liegen, bevor sie bis 2024 auf 2,5 Prozent zurückgeht. Die wichtigsten Triebkräfte hier sind die Entwicklungen der Energiepreise, Rohstoffknappheit, Unterbrechungen in den Lieferketten und der Krieg in der Ukraine. Auch Handelskonflikte, Löhne, Wechselkurse und die Energiewende dürften positiv zur Inflation beitragen. Aufgrund dieser hohen Inflationserwartungen gehen die Finanzmarktexperten/-innen davon aus, dass die EZB mit einer aggressiveren Geldpolitik reagieren wird. Das sind die Ergebnisse der Sonderfrage zum ZEW-Finanzmarkttest im Mai 2022. Für das Jahr 2022 geht die Mehrheit der Finanzmarktexperten/-innen davon aus, dass die Inflationsrate das 2-Prozent-Ziel der EZB deutlich überschreiten wird. Die mittleren Prognosen betragen laut der Experten/-innen 6,2 Prozent für 2022, 3,8 für 2023 und 2,9 für 2024.

Thibault Cézanne, thibault.cezanne@zew.de

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine wirkt sich auch hierzulande aus. Die globale Wirtschaftslage ist unsicher und Lieferketten leiden unter Sanktionen, Produktionsausfällen und Engpässen. Die allgemeine Geschäftslage des ersten Quartals 2022 hat sich im Vergleich zum Vorquartal in fast allen Teilbereichen der Informationswirtschaft verschlechtert. Durch eine dennoch optimistische Erwartungshaltung bleibt der ZEW Stimmung Indikator Informationswirtschaft auf nahezu unverändertem Niveau und liegt aktuell bei 66,2 Punkten. Der Wert des Indikators ergibt sich aus einem Absinken des Teilindikators für die Geschäftslage sowie einem gleichzeitigen Anstieg des Teilindikators für die Geschäftserwartungen im ungefähr selben Ausmaß. So fällt der Indikator für die Geschäftslage um 6,8 Punkte auf einen Stand von 64 Punkte, liegt aber immer noch deutlich über den Werten von 2020.

Vincent Rost, vincent.rost@zew.de



MannheimTaxation-Jahreskonferenz

Die neunte MannheimTaxation-Jahreskonferenz findet am 8. und 9. September 2022 als zweitägige Konferenz statt. Die Veranstaltung wird im Rahmen des Leibniz-WissenschaftsCampus MannheimTaxation organisiert, eine gemeinsame Initiative von ZEW und Universität Mannheim. Die Hauptrednerinnen sind Rita de la Feria von der University of Leeds (Vereinigtes Königreich) und Nadine Riedel von der Universität Münster. Konferenzbeiträge, die sich mit Steuerforschung im weitesten Sinne befassen, können bis 29. Mai 2022 eingereicht werden.

Weitere Informationen unter: www.zew.de/VA3741

Regionalfinale YES! am ZEW

Nach zwei Runden im digitalen Corona-Modus finden sich am 14. Juli 2022 wieder zahlreiche Schulteams, Lehrende und Forschende zum Regionalfinale Süd-West am ZEW Mannheim ein. Elf Teams haben in den vergangenen Monaten mit Unterstützung von Expertinnen und Experten aus wissenschaftlichen Institutionen der Region diskutiert und inhaltliche Konzepte zu ökonomischen Fragestellungen erarbeitet. Nun stellen sie ihre Ideen live am ZEW, das die Region Süd-West koordiniert, vor. Vier der Teams wurden von ZEW-Forschenden begleitet.

Weitere Informationen unter: www.zew.de/VA3894



Foto: Anna Logue

Mehr Freihandel wagen

China.Table: Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine zeigt uns einmal mehr, wie riskant es ist, sich zu sehr auf ein autoritäres Land einzulassen. Sollte uns Russland nicht auch mit Blick auf China eine Lehre sein?

Wambach: Es gibt eine Reihe aktueller Studien, die sich anschauen, was auf uns zukäme, wenn wir aufhören würden mit China zu handeln. Wir reden von einem Minus von etwa einem bis vier Prozent des Bruttoinlandprodukts. Der chinesische und der europäische Wirtschaftsraum sind stark verflochten.

China.Table: Das klingt doch gar nicht so schlimm.

Wambach: Wäre es aber. Etwa zehn Prozent der deutschen Exporte gehen nach China. Viele Absatz- und Beschaffungswege müssten im Falle scharfer Konflikte umgestellt werden. Der Verlust für die betroffenen Firmen wäre deutlich höher. Hinzu kommen die Investitionen deutscher Unternehmer im Land selbst. Sollte ihre Produktion dort beeinträchtigt werden, würde das zumindest ihren Firmenwert treffen. Ein Stopp des China-Geschäfts ist zwar machbar, würde der deutschen Wirtschaft aber sehr wehtun. Im Moment sehe ich eine solche Entwicklung aber nicht. Große deutsche Unternehmen investieren weiter in China. Es sind eher kleine Unternehmen, die wegen der vielen Sicherheitsauflagen ihre China-Geschäfte überdenken.

China.Table: Verständlich, oder?

Wambach: Sicherlich sollten wir nach den Erfahrungen der jüngeren Zeit jetzt genau schauen, in welchen Bereichen wir uns von bestimmten Ländern zu abhängig gemacht haben und wo wir neue Lieferketten aufbauen können. Das sind die Lehren aus dem Russland-Konflikt. Und diese Frage stellt sich jetzt auch jedes größere Unternehmen, das in China engagiert ist. Den meisten geht es aber darum, sich von den Abhängigkeiten zu lösen, nicht von China an sich.

China.Table: Stehen einige Firmen nicht längst unter der Kanndare von China? Über mehr als die Hälfte ihres Umsatzes erwirtschaften VW und Daimler in der Volksrepublik.

Wambach: Es wäre falsch, wenn VW jetzt sagen würde: Wir gehen komplett raus. Der Handel hat vielleicht nicht zu einem Wandel geführt, wie einst erhofft. Eine gewisse Stabilität in den Beziehungen hat der intensive Austausch aber schon gebracht. Ich denke, Volkswagen und andere Unternehmen werden nun

genau ermitteln, wie verletzlich sie sind, sollte es irgendwann zu umfassenderen Sanktionen des Westens gegenüber China kommen.

China.Table: Wie genau?

Wambach: Ich empfehle den Unternehmen die Arbeit mit Belastungsszenarien. Jedes Unternehmen sollte alle möglichen Risiken durchgehen. Russland etwa hatte kaum jemand als Risiko auf dem Schirm. Sonst hätten wir nicht diese Gas-Abhängigkeit. Auch bei anderen Rohstoffen, etwa Seltene Erden oder auch Computerchips, gibt es zu große Abhängigkeiten von einigen wenigen Ländern.

China.Table: Nur was folgt aus solchen Erkenntnissen?

Wambach: Die deutschen Unternehmen sollten andere geografische Räume wieder stärker ins Auge nehmen: Indien und Südamerika etwa, im Falle von VW auch Nordamerika. Das heißt aber nicht, dass für VW in China alle Maschinen still stehen sollen. Ich plädiere dafür, weiter Handel zu betreiben, aber konsequent Abhängigkeiten zu reduzieren. Es reicht aber nicht aus, dass nur Unternehmen Risiko-Management betreiben. Wie wir zuletzt gesehen haben, gibt es systemische Risiken, die Unternehmen allein nicht angehen können. Und da ist die Politik gefragt, bei der Suche nach neuen Rohstoffquellen etwa, aber eben auch bei der Suche nach neuen Absatzmärkten, etwa durch mehr Handelsverträge.

China.Table: Statt Renationalisierung plädieren Sie für mehr Freihandel?

Wambach: Zumindest für einen diversifizierteren Handel. Um Abhängigkeiten zu vermeiden, sollte man nicht nur mit einem Partner handeln, sondern mit vielen. Es gibt noch viele Regionen auf der Welt, die eine Phase hohen Wirtschaftswachstums vor sich haben und wo deutsche Unternehmen, die viel Erfahrung mit internationalem Handel haben, sehr gut positioniert wären. Und nicht alle davon sind Autokratien.

ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach, PhD

Dieses Interview erschien in einer längeren Version am 31.05.2022 bei „China.table“.

ZEW

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim

L 7, 1 · 68161 Mannheim · www.zew.de

Präsident: Prof. Achim Wambach, PhD · Geschäftsführer: Thomas Kohl

Redaktion: Sabine Elbert · Telefon +49 621 1235-133 · sabine.elbert@zew.de

Ruprecht Hammerschmidt · Telefon +49 621 1235-132 · ruprecht.hammerschmidt@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim, 2022